„Billiger" Nationalpark?

Eine Situationsanalyse des Matreier Bürgermeisters Dr. Andreas Köll:

Die Stimmung in der Osttiroler Region Hohe Tauern Süd scheint auch nach dem erklärten „Aus" für das Speicherkraftwerk Dorfertal unverändert: Noch immer herrscht starke Verunsicherung in bezug auf die weitere Entwicklung nach der geplanten Fortsetzung des wasserrechtlichen Vorprüfungsverfahrens bzw. nicht nur in Matrei größte Skepsis in Hinblick auf die Errichtung eines der größten europäischen Naturschutzprojekte. Denn war schon bis dato niemand so recht in der Lage, jene Bedenken zu zerstreuen, die mit einem Nationalpark nach „internationalen Kriterien" verbunden sind, so hat das Bekanntwerden eines Geheimprotokolls einer Ende 1988 in Klagenfurt stattgefundenen Länderexpertenbesprechung erst recht für neuen Zündstoff gesorgt: Entgegen allen anderslautenden Beteuerungen strebt man in Salzburg und Kärnten eindeutig die internationale Anerkennung der bestehenden „Nationalparks" durch die IUCN an. Welche Probleme eine solche mit sich bringt, kann die betroffene Bevölkerung zur Zeit hautnah im Südtiroler Nationalpark „Stilfser Joch" erleben, wo nicht endende Nutzungskonflikte zwischen Einheimischen und Zentralverwaltung jetzt dazu führen, daß man alle bewohnten Tallandschaften sowie landwirtschaftlich genutzte Gebiete wieder aus der geschützten Zone herausnehmen muß, wodurch diese wesentlich verkleinert wird ...
Die Tendenz in Osttirol geht vorerst ganz klar in Richtung eines Nationalparkes, der nun auch in seinem Tiroler Anteil möglichst rasch und wohl auch mit möglichst geringen Mitteln installiert werden soll, wobei von manchen die wirtschaftliche Weiterentwicklung der betroffenen Region als höchst zweitrangig betrachtet wird. Es geht also um die Frage: Kommt ein billiger Nationalpark?

Die bisherige Entwicklung

Die Region Hohe Tauern Süd zählt zu den ursprünglichsten und am besten erhaltenen Bereichen alpiner Kultur- und Naturlandschaft. Topographisch und verkehrstechnisch völlig isoliert, wurde dieser Raum erst durch den Bau der Felbertauernstraße im Jahre 1967 in bescheidenem Maße erschlossen. In den vergangenen Jahrzehnten wurde er vor allem durch einen Umstand bekannt:
Als Schauplatz und Austragungsort eines der erbittertsten Nutzungskonflikte zwischen Ökologie und Ökonomie, der infolge europaweiter medialer Debatten zu beträchtlichen Entwicklungsbremsen und Imageverlusten geführt hat. Wirtschaftlicher Aufschwung wurde verhindert und immer vom Zustandekommen von Großprojekten abhängig gemacht. So kommt es nicht von ungefähr, daß in einer brandneuen Studie (siehe profil Nr. 33/89) der Bezirk Lienz als einziger Tirols unter den zehn österreichischen Bezirken mit der schlechtesten Lebensqualität für die einheimische Bevölkerung rangiert. Und daß dafür weniger der hervorragend entwickelte Zentralraum Lienz sowie das in den letzten Jahren erfreulich aufstrebende Oberland verantwortlich sind, wird jedem Insider einleuchten. Nach vier burgenländischen Bezirken (Güssing, Oberpullendorf, Jennersdorf und Neusiedl) sowie zwei steirischen (Murau und Hartberg) scheint Osttirol an 7. Stelle auf. Diese Rangordnung basiert nicht etwa auf einer Befragung, zeigt also nicht das subjektive Empfinden der Einwohner an: Sie ist das Ergebnis einer soeben fertiggestellten Studie der Österreichischen Raumordnungskonferenz (Titel: „Strategien für entwicklungsschwache Problemgebiete"; Gutachten für Raumplanung), in der in einer komplizierten Berechnung Indikatoren wie Arbeitslosen- und Pendlerrate, Ausbildungsniveau, Verkehrsanbindung, Wohnungsausstattung, Einkommensniveau, Umweltverhältnisse etc. gewichtet wurden ...

Die Hauptursache: Der vorprogrammierte Konflikt von Heiligenblut

Seit nunmehr 70 Jahren bestehen bei uns Pläne, sowohl einen Nationalpark als auch ein Kraftwerk zu errichten. Die Ursache, warum bislang weder das eine noch das andere Projekt verwirklicht werden konnte, ist in erster Linie in der Nichterfüllung wesentlicher Vertragsbedingungen zur Ländervereinbarung von Heiligenblut im Jahre 1971 zu sehen: 10 Osttiroler Gemeinden und Fremdenverkehrsverbände haben damals einer Unterzeichnung durch Landeshauptmann Eduard Wallnöfer nur unter bestimmten Auflagen zugestimmt, die in einem Beschluß der Tiroler Landesregierung vom 20. Juli 1971 formuliert wurden:
1) Die Verordnung über das Naturschutzgebiet wird erst erlassen, wenn für die vom Nationalpark berührten Gemeinden ein Entwicklungsprogramm nach den Bestimmungen des kommenden Tiroler Raumordnungsgesetzes erlassen ist ...
2) Die Verwirklichung des Entwicklungsprogrammes und der daraus resultierenden Projekte darf durch den Nationalpark nicht behindert werden. Als mögliche Entwicklungsgebiete für den Fremdenverkehr werden insbesondere die Gebiete des Großvenedigers und des Großglockners festgelegt ...
3) Die Nutzung der Wasserkräfte für energiewirtschaftliche Zwekke, insbesondere der Ausbau des Projektes Dorfertal, darf durch die Schaffung des Nationalparkes nicht behindert werden ..."
Wer die Entwicklung in den darauffolgenden zwei Jahrzehnten mitverfolgt hat, wird erkennen, welch ungeheures Konfliktpotential in dieser Formulierung bereits vorprogrammiert wurde. Erst nahezu zwanzig Jahre nach der Vereinbarung von Heiligenblut scheint sich die Situation allmählich zu entkrampfen: Der für Energie zuständige Bundesminister hat bekanntlich erklärt, daß an die Realisierung des Großkraftwerkes Dorfertal nicht mehr gedacht wird. Wohl gestorben ist in der Zwischenzeit auch die geplante Erschließung eines nur wenige km² umfassenden Gletscherskigebietes in der Venedigergruppe, wenn es nach dem Willen des ÖAV sowie führender Politiker gehen sollte.
So bleibt abzuwarten, ob das für Naturschutz zuständige Land Tirol vor der Errichtung eines Nationalparkes zumindest eine dieser drei Bedingungen - nämlich das seit nunmehr 18 Jahren versprochene Entwicklungsprogramm - einhält, bevor man dem eminenten Druck einer österreichweiten Öffentlichkeit nachgibt, auch bei uns einen Nationalpark nach internationalen Kriterien einzurichten ...

Internationale Kriterien

Was diese im Jahre 1972 in Banff/Kanada formulierten Kriterien bedeuten, wurde der in der Tauernregion lebenden Bevölkerung drastisch in einer Studie des Österr. Bundesinstitutes für Gesundheitswesen vor Augen geführt, aus der ich kurz zitieren darf:
„Unzulässige Nutzungen in Nationalparken im Sinne der oben vorgestellten Definition sind Inanspruchnahmen des Naturpotentials, wie die Entnahme von Mineralien, Holz und anderen Pflanzenteilen bzw. von Tieren. Das Verbot erstreckt sich auch auf landwirtschaftliche Nutzung, Weidenutzung, Jagd, Fischerei und auf Erschließungseinrichtungen. Unter Nutzungen werden auch Siedlungen verstanden oder die Nutzung durch kommerzielle oder industrielle Einrichtungen. Um unter diesen strengen Bedingungen überhaupt Nationalparke in dicht besiedelten Ländern errichten zu können, läßt die IUCN Nutzungen aus früheren Zeiten vor der Erklärung zum Nationalpark für einen befristeten Zeitraum zu: Jede Form der Nutzung des Naturpotentials sollte jedoch nach einem Übergangszeitraum eingestellt werden. Durch diese auf Zeit befristete Bereitstellung von natürlichen Ressourcen für die anwohnende Bevölkerung, wird ihr die Anpassung an die geänderten Verhältnisse ermöglicht ..."
Dieses Zitat ist - wie ich glaube - neben Strafbestimmungen bis S 100.000,— und Betretungsverboten für bestimmte Gebiete wohl am besten geeignet aufzuzeigen, daß man beabsichtigt, der hier lebenden Bevölkerung große Opfer zum Wohle der Allgemeinheit aufzuerlegen. Entwürfe und Erläuterungen zu Nationalparkgesetzen zeigen auch, daß die Nationalparkplanung einseitig auf eine quantitative und qualitative Optimierung ihrer Interessenslagen abzielt: Indem sie als Maß ihrer Handlungen den theoretischen Idealtypus eines Nationalparkes nicht aus dem Auge verliert, strebt sie bewußt oder unbewußt Maßnahmen an, die langfristig zu einer Entleerung unseres Siedlungsraumes führen müssen:
Ein Nationalpark alleine würde daher negative Wirtschaftsimpulse bedeuten, mit fortwährender Schwächung der Nationalparkgemeinden durch weitere Abwanderung der Arbeitskräfte und fehlende Rentabilität in den Fremdenverkehrsbetrieben ...

GLASEREI
MANUCREDO
Debant, Tel.: 04852/65 6 65
Blei- und Messingverglasungen

Die Stimmung in der Region

Daß dies von seiten der betroffenen Bevölkerung als asozial und inhuman betrachtet wird, wie dies auch in einer Matreier Volksbefragung vom 11. Juni 1989 deutlich artikuliert wurde, in der sich 74 % der Befragten gegen einen Nationalpark nach internationalen Kriterien ausgesprochen haben, dürfte wohl verständlich sein. Besonders die landwirtschaftliche Bevölkerung, die von Natur aus gewohnt ist, äußerst vorsichtig mit ihrem Grund und Boden umzugehen, reagiert mit starken Vorbehalten. Große Skepsis im Hinblick auf die wirtschaftlichen Auswirkungen dieses Naturschutzprojektes herrscht aber auch in anderen Gemeinden der Region Hohe Tauern Süd und es ist trotz aller Aufsplitterungsversuche und Medienunterstützung bis heute nicht gelungen, die einheitliche Linie zu zerschlagen. So ist es etwa ein Trugschluß zu meinen, daß alle bisherigen Gegner des Großkraftwerkes gleichzeitig auch glühende Verfechter eines Nationalparkes wären: Die Aussage eines Kalser Junggemeinderates in einem der letzten ORF-Inlandsreports, „daß auch in der Glocknergemeinde derzeit keine Mehrheit für dieses Projekt zu finden sei", ist sicherlich die eines unverdächtigen Zeugen ...

Mögliche Lösungsansätze

Es geht nun darum, eine Lösung zu finden, die es sowohl ermöglicht, das größte zusammenhängende Naturschutzprojekt Mitteleuropas zu verwirklichen, als auch der heimischen Bevölkerung weiterhin ausreichende Grundlagen zur wirtschaftlichen Weiterentwicklung zu belassen. In diesem Zusammenhang wird man endlich einmal den Mut aufbringen müssen, klar auszusprechen, daß es sich beim Nationalpark Hohe Tauern um ein reines Naturschutzprojekt, nicht jedoch um ein Wirtschafts- oder Fremdenverkehrsprojekt handelt, als das man ihn uns gerne „verkaufen" will ...
Ich persönlich bin in einer Zeit, in der die Meere sterben und jede Sekunde tropischer Regenwald im Ausmaß eines Fußballfeldes abgeholzt wird gerne bereit, mich zur Notwendigkeit sinnvollen Naturschutzes zu bekennen und dies auch vor unserer Bevölkerung zu vertreten: Es kann aber nicht so sein, daß deren Schultern von der Öffentlichkeit einseitige Opfer aufgelastet werden, für deren Ausgleich etwas zu tun, keine Bereitschaft besteht ...

Naturschutz muß etwas wert sein

Entsprechende Mittel werden erforderlich sein, will man einen Nationalpark von europäischer Bedeutung errichten und diesen auch intakt erhalten. Diese Gelder sollen aber keine Almosengebung für „Landschaftsrentner" darstellen, sondern aus einer echten Förderung unserer Bergbauern und der übrigen hier lebenden Bevölkerung bestehen: So ist es sicher ein ungleiches Verhältnis, wenn die österreichische Nation ca. 1,5 Mrd. Schilling pro Jahr alleine zur Abgangsdeckung der Bundestheater aufwendet, ihr andererseits aber das nationale Anliegen des größten Natur- und Artenschutzprojektes in den Alpen im Ausmaß von 1.700 km² nur wenige Millionen wert ist. Hier wird noch sehr viel an Bewußtseinsbildung notwendig sein, will man etwa die richtige Relation zwischen Naturschutz und Hochkultur herstellen. Wir stehen daher auf dem Standpunkt, daß nach den bisherigen negativen Erfahrungen zuerst unter Beweis gestellt werden sollte, wie ernst man es wirklich mit der wirtschaftlichen Weiterentwicklung einer Region nimmt, bevor man nahezu zwei Drittel unserer gesamten Gemeindefläche unter totalen Naturschutz stellt: Matrei in Osttirol ist mit ca. 280 km² die drittgrößte Gemeinde Österreichs, und wir hätten alleine schon soviel Platz, sowohl ein riesiges Naturschutzgebiet zu errichten, das größer als die meisten mitteleuropäischen Nationalparks ist, als auch außerhalb des Nationalparks der betroffenen Bevölkerung weiterhin wirtschaftliche Existenz zu bieten ...

Mitwirkung der Bevölkerung

Der Nationalpark muß mit der einheimischen Bevölkerung entwickelt und von dieser getragen werden, wenn man jene Konflikte vermeiden will, wie sie in anderen europäischen Parks bestehen: Und jedermann weiß, wie leicht es heute ist, ein Großprojekt zu verhindern bzw. wie ungleich schwieriger, etwas gegen den Willen direkt Betroffener durchzusetzen ...
Garantiert ist derzeit weder unsere Forderung nach Selbstverwaltung eines künftigen Nationalparkes durch bäuerliche Grundbesitzer und betroffene Gemeinden, noch ein mehrheitliches Mitspracherecht bei der Erstellung von Gesetzes- und Zonierungsvorschlägen sowie entsprechende Förderung der gesamten Parkregion in ausreichender Höhe auf der Basis eines vorher zu erstellenden Entwicklungsprogrammes ...

Zuerst wirtschaftliche Entwicklung

Es muß also zuallererst das seit dem Jahre 1971 versprochene Entwicklungsprogramm mit wirksamen Maßnahmen in den Bereichen Landwirtschaft, Fremdenverkehr, Handel, Gewerbe und Industrie auf den Tisch gelegt werden, in dessen Rahmen der Nationalpark nur ein Teil, jedoch keinesfalls das dominante Element sein kann.
Gerade in unserem Wirtschaftszweig Nummer 1, dem Fremdenverkehr, scheinen beispielsweise positive wirtschaftliche Auswirkungen nur dann gegeben, wenn es gelingt, nicht alleine eine Steigerung der sommerlichen Ausflugsintensität in den hochalpinen Wandertälern zu erreichen, sondern den Park zum unterstützenden Faktor für den Ausbau des gesamten Fremdenverkehrsjahres zu machen. Da der Nationalpark nur während weniger Sommermonate „stattfindet", ist ausschließlich ein zweisaisonales Fremdenverkehrsgebiet geeignet, einen touristischen Leistungsstandard zu schaffen und auch aufrecht zu erhalten.
Der sanfte Tourismus kann nur neben einem intensiven Tourismus Lebensraum finden, indem er die Infra- und Suprastrukturen sowie das Gästepotential eines angestammten „starken" Tourismus ausnützt. Die Gesamtaufschließung für größere Besucherzahlen - und nur dann erfüllt der Nationalpark auch seinen Sinn - erfordert einen großen Sach- und Finanzierungsaufwand, der unter den schonwirtschaftlichen Gesichtspunkten eines sanften Tourismus alleine nicht möglich ist. Betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Effizienz in der gesamten vom Nationalpark berührten Region ist somit die Voraussetzung, sich - so wie in Salzburg und Kärnten - einen Nationalpark als Abrundung eines ganzheitlichen Tourismus- und Wirtschaftsangebotes leisten zu können. In diesem Sinne sollten die österreichische Öffentlichkeit sowie die Gebietskörperschaften Bund und Land Tirol unter Beweis stellen, wie ernst ihnen die Verwirklichung dieses nationalen Anliegens ist ...

Mittelalterliche Politik oder Zeitungsente?

In einer der letzten Ausgaben einer Tiroler Tageszeitung konnte man kürzlich mit Erstaunen lesen, daß das Land Tirol eine geplante Werbeaktion der Region Hohe Tauern Süd deshalb nicht gefördert habe, weil die Matreier Volksbefragung mit „Nein" ausgegangen sei. Ziel dieser intriganten Meldung eines dafür bekannten Lokalredakteurs: ein wenig Unruhe stiften, einen Sündenbock stempeln und nach Möglichkeit einen Keil zwischen Land Tirol und Gemeinden sowie einzelnen FV-Verbänden andererseits zu treiben ...
Wohl kaum in den letzten Jahren war eine Kampagne derart durchsichtig und kontraproduktiv wie dieser verzweifelte Versuch, eine „Bestrafungsaktion" für das „böse" Matreier Verhalten zu konstruieren: In einer jüngst stattgefundenen Sitzung der Fremdenverkehrsobmänner und Bürgermeister der Tauernregion wurde bemerkt, daß weder ein zeitlicher noch kausaler Zusammenhang zwischen beiden Themen besteht. Lange vor Abhaltung der Matreier Volksbefragung im Juni 1989 war bekannt, daß das Land Tirol eine bereits im Frühjahr konzipierte Sonderaktion der regionalen Fremdenverkehrsverbände unter dem Titel „nationalparkwürdig" nicht fördern würde, sondern eher dahin tendierte, die Installierung einer Bettenreservierungszentrale zu unterstützen. In diese Zeit fällt auch der Antrag der Arge aller Osttiroler Bergbahnunternehmen, ein neues Kartenkontroll- und -abrechnungssystem für kommenden Winter anzuschaffen, wofür vom Land Tirol eine Förderung aus Raumordnungsmitteln in Millionenhöhe in Aussicht gestellt wurde. Schließlich sei auch gar nicht zu vermuten, daß sich moderne Politiker des 20. Jahrhunderts im Stile einer Frau Minister Flemming oder eines LR. Weingartner der mittelalterlichen „Taktik der Belagerung und des Aushungerns" bedienen würden, die wohl das denkbar ungeeignetste Mittel dazu wäre, die betroffene Bevölkerung von der Sinnhaftigkeit des größten europäischen Naturschutzprojektes zu überzeugen ...
Nicht sonderlich darüber freuen wird sich der freiheitliche Klubobmann Dr. Lugger, dessen Aufforderung - die gemeinsame Linie zu verlassen - wohl unerwidert bleiben wird. Niemand kann ihm übelnehmen, einer sommerlichen Zeitungsente aufgesessen zu sein und es sei ihm auch weiterhin unbenommen, als gewählter Mandatar das Ergebnis eines geheimen und direkt demokratischen Votums als „null und nichtig" zu bezeichnen: Darüber werden sich die mündigen Wähler, insbesondere jene 1300 Matreierinnen und Matreier, die an der Volksbefragung teilgenommen haben, schon ihre eigene Meinung bilden ...

A. K.